

Liestal, 20. April 2021

Medienmitteilung

FDP BL lanciert mit «Fit für die Zukunft Baselland» Vorstösse für ein wettbewerbsfähigeres Baselbiet

- **FDP Baselland schaut nach vorne**
- **Strategie für zukünftige Positionierung als Kanton mit «überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial» im kantonalen Wettbewerbsindikator der UBS**
- **Keine analogen staatlichen Hürden für die digitale Unternehmensführung**
- **Lebenslanges Lernen fördern: keine Deckelung der steuerlich abzugsfähigen berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten**
- **Mehr Frauen als Fachkräfte: Einsatz für die Einführung der Individualbesteuerung**
- **Einführung der Interkantonalen Vereinbarung im öffentlichen Beschaffungswesen IvöB für mehr Qualitätswettbewerb**

Laut Saskia Schenker, Präsidentin, und Andreas Dürr, Fraktionspräsident der FDP Baselland, ist es von zentraler Bedeutung, den Kanton für die Zukunft fitter zu machen. «Damit im Baselbiet viele attraktive Arbeitsplätze entstehen, braucht der Kanton eine umfassende Strategie, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die FDP schaut nach vorne und möchte jetzt, wo sich eine Verbesserung der Pandemie abzeichnet, gute Zukunftsperspektiven schaffen. Sie lanciert an der kommenden Landratssitzung unter dem Titel «Fit für die Zukunft Baselland» eine Serie von Vorstössen.»

In einem ersten Postulat fordert die FDP laut Fraktionspräsident Andreas Dürr den Regierungsrat auf, eine Strategie zu entwickeln, um künftig zur Gruppe mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial» zu gehören. Im letzten UBS-Wettbewerbsindikator der Kantone rangiert der Kanton Baselland auf Platz 9 mit einer Einstufung für solide Wachstumsaussichten. So hat die Baselbieter Wirtschaft dank guter Wirtschaftsstruktur, grosser Innovationskraft und guter Erreichbarkeit zwar eine hervorragende Ausgangslage. Jedoch macht das Baselbiet laut der Studie zu wenig daraus, da der Kanton beim Faktor Kostenumfeld nur auf Rang 21 rangiert.

Aus Sicht der Freisinnigen sind vor allem die Hürden und Kosten für Unternehmensgründungen, aber auch für die Unternehmensführung an sich, möglichst gering zu halten. Die FDP Baselland will daher alle staatlichen Hindernisse aus dem Weg räumen, die einer vollständig digitalen Unternehmensführung im Weg stehen. Gemäss einer Analyse von Avenir Suisse «Vom Lebenszyklus von Firmen» (2021) gibt es heute noch zu viele Medienbrüche beim Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung – das gelte nicht nur für die Gründung und Schliessung von Firmen, sondern auch für alltägliche Behördengänge wie beispielsweise die Übermittlung von

Finanzbuchhaltungsdaten an die Steuerverwaltung. Dazu ergänzt Andreas Dürr: «Da viele dieser Kosten jedes Jahr erneut anfallen, sind sie in ihrer Summe nicht vernachlässigbar. In einem Postulat bitten wir daher den Regierungsrat, zu prüfen, wo heute überall noch analoge staatliche Hürden für eine vollständig digitale Unternehmensführung bestehen und wie rasch und mit welchen Massnahmen diese Hürden abgebaut werden können.»

Weiter fordert die FDP Baselland in zwei Vorstössen Massnahmen, um das Fachkräftepotenzial im Baselbiet besser auszuschöpfen, denn das Baselbiet liegt beim Faktor Arbeitsmarkt im interkantonalen Vergleich nur auf Rang 21. Eine hohe Anzahl von verfügbaren Fachkräften zieht Unternehmen an die wiederum Arbeitsplätze schaffen. Umso wichtiger ist es deshalb, das lebenslange Lernen zu fördern und steuerliche Hürden zu eliminieren.

In einer Motion verlangt die FDP daher vom Regierungsrat, dass künftig keine Deckelung der steuerlich abzugsfähigen berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten mehr besteht und dass diese bis zum effektiv bezahlten Betrag pro Steuerjahr abgezogen werden können. Dazu Saskia Schenker: «Unsere Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich in einem stetigen Wandel. Lebenslanges Lernen ist umso bedeutender. Es ist deshalb wichtig, dass sich die Berufstätigen auch neben ihrem aktuellen Job weiterbilden. Sie verbessern damit eigenverantwortlich ihre Arbeitsmarktfähigkeit. Die steuerlichen Anreize für selbstbezahlte berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten dürfen nicht eingeschränkt bleiben.»

Mit der schweizweiten Einführung der Individualbesteuerung auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene könnten laut einer von den FDP Frauen Schweiz lancierten nationalen Initiative sowohl die Heiratsstrafe als auch die Zweitverdiener-Strafe eliminiert werden. Dazu Saskia Schenker weiter: «Die Kantone Baselland kennen zwar Massnahmen um der Heiratsstrafe entgegen zu wirken. Jedoch eliminieren diese die Zweitverdiener-Strafe nicht vollständig. Das Zweitverdienereinkommen ist heute mehrheitlich jenes der Frau, deren Lohn jeweils in der Progressionsstufe des Lohnes des Erstverdienereinkommens versteuert wird. Das bedeutet, dass sich deren Arbeitstätigkeit oft nicht lohnt und diese Fachkräfte dem Arbeitsmarkt fehlen.» Und weiter: «Wir fordern daher den Regierungsrat auf, sich in der Finanzdirektorenkonferenz und nach einer erfolgreichen Einreichung der nationalen Individualbesteuerungsinitiative auch gegenüber dem nationalen Parlament für deren Einführung einzusetzen. Denn die Reform scheiterte bis anhin auch am Widerstand der Kantone und diesen gilt es beim nationalen Anlauf nun frühzeitig aufzuheben.»

Das neue Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB), das am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist, bedeutet einen Paradigmenwechsel, indem im Submissionsverfahren nicht mehr das «wirtschaftlich günstigste Angebot» den Zuschlag erhält, sondern das «vorteilhafteste Angebot.» Neu werden im Gesetz Qualitätsaspekte als Zuschlagskriterien aufgeführt. So erhalten

die Vergabestellen mehr Spielraum und es wird ein Qualitätswettbewerb zwischen den Anbietern gefordert und gefördert. Die Kantone sind nun angehalten, die Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVÖB) in ihre kantonalen Submissionsbestimmungen zu übernehmen, damit ein breitflächiger Paradigmenwechsel auf sämtlichen Ebenen des schweizerischen öffentlichen Beschaffungswesens erreicht werden kann. Für die Standortentwicklung ist es laut Andreas Dürr von zentraler Bedeutung, dass der Kanton bei der Berücksichtigung von Qualitätsaspekten im Beschaffungswesen eine Vorreiterrolle einnimmt. Und weiter: «In einem Postulat fordern wir daher vom Regierungsrat, dass unser Kanton möglichst rasch zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen beiträgt und die kantonalen Rechtsgrundlagen entsprechend angepasst werden.»

Kontakt:

Andreas Dürr, Fraktionspräsident FDP Baselland, 079 802 01 01

Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin FDP Baselland, 079 212 78 65